

# VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

## „EIN MIETENBÜNDNIS SCHLIESSEN“

Michael Müller über Wohnungsbau, IBA und S-Bahn-Pläne

**Herr Müller, im Stadtentwicklungsressort haben Sie es derzeit im wahrsten Sinne des Wortes mit mehreren Großbaustellen zu tun. Die größte, der Flughafen Willy Brandt, nimmt am 3. Juni den Betrieb auf. Ist für den Umzug alles gerüstet?**

Beim Flughafen BER ist alles auf einen guten Weg gebracht. Ich freue mich, dass wir in sehr naher Zukunft den Willy-Brandt-Flughafen nun wirklich in Betrieb nehmen. Berlin wird damit ein internationales Drehkreuz, es werden außerdem tausende neue Arbeitsplätze entstehen. Für den Umzug sind wir gut gerüstet. Alles in einer Nacht von Tegel nach Schönefeld umzuziehen, das ist schon eine Leistung. Flughafengesellschaft, Airlines, Senatskanzlei und wir - alle ziehen an einem Strang.

**Und wie geht es dann in Tegel weiter?**

Wir wollen die künftige Entwicklung zügig in Angriff nehmen. Unternehmen aber auch Wissenschaft sollen dort einen neuen Standort für nachhaltige, zukunftsfähige Technologien finden. Aber wir dürfen uns auch nichts vormachen, so eine Standortentwicklung braucht ihre Zeit, denken Sie nur an das Erfolgsmodell Adlershof. Wichtig ist mir aber, Tegel zeitnah für die Menschen zu öffnen. Sie sollen sich das Gelände erobern können, rund 200 Hektar werden als Grün erhalten. Ich hoffe, dass es im September so weit ist.

**Wann rechnen Sie damit, sich in der neuen Zentral- und Landesbibliothek in Tempelhof die ersten e-Books ausleihen zu können?**

Bald, hoffe ich. Natürlich dauert es seine Zeit, ein so großes und einzigartiges Bauprojekt wie die ZLB zu planen und umzusetzen. Aber ich denke, dass wir bis 2016 weit kommen werden. Ob es für das erste e-Book reicht? Wir werden sehen. Klar ist doch aber, dass die neue Bibliothek nicht nur ein moderner Wissens- und Kommunikationsort wird, sondern für die Entwicklung von Tempelhof insgesamt eine wichtige Investition ist.



Michael Müller - hier bei einem Baustellenbesuch im Haus Cumberland - leitet seit Dezember vergangenen Jahres die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

In den kommenden Wochen informiert er sich auf einer Tour durch alle Berliner Bezirke über die Aufgaben vor Ort und spricht mit den zuständigen Kommunalpolitikerinnen und -politikern über die künftige Zusammenarbeit. Auftakt war im Februar in Charlottenburg-Wilmersdorf. Stationen waren dabei das Haus Cumberland, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sowie das Hotel Waldorf Astoria, wo sich Michael Müller jeweils über die Baufortschritte informierte.

Im Haus Cumberland am Kurfürstendamm entstehen bis September kommenden Jahres 186 Wohneinheiten, darunter 20 Penthäuser im Dachgeschoss. Im Vorderhaus werden Büro- und Geschäftsflächen errichtet. Sämtliche Wohnungen sind bereits verkauft.

**2020 soll es in Berlin eine Internationale Bauausstellung geben. Welchen Schwerpunkt wünschen Sie sich da?**

Ich finde schon, dass wir einen Fokus auf modernes, städtisches Wohnen und Wohnungsbau setzen sollten - das ist doch das Thema, das die Menschen in Berlin bewegt. Aber eine IBA ist ein städteplanerisches Großprojekt, da wird es nicht nur einen einzelnen Schwerpunkt geben. Wirtschaft, Wissen, Wohnen, die IBA bietet Raum für neues, spannendes Bauen in Berlin.

**Die Sorge um bezahlbaren Wohnraum in der Stadt ist weiter groß. Können die landeseigenen Gesellschaften ihren Beitrag leisten, die Mietpreisentwicklung zu dämpfen?**

Ich kann die Sorgen der Menschen verstehen. Wir haben in Berlin noch keine dramatische Situation, aber sie ist angespannter als noch vor Jahren. Deshalb müssen wir jetzt handeln, um damit die Mietpreisentwicklung in Zukunft dämpfen zu können. Auch deshalb habe ich die geplanten Mieterhöhungen der Wohnungsbaugesellschaften erstmal gestoppt.

**Wie geht es in dieser Frage jetzt weiter?**

Wir sprechen jetzt mit den sechs Gesellschaften, wie Mieterhöhung in Zukunft unter sozialen Aspekten gestaltet werden können. Künftig soll es eben keine pauschalen Mieterhöhungen mehr geben, sondern dem Leistungsvermögen

der Mieter angemessene. Wir sind auf einem guten Weg und ich hoffe in den nächsten Wochen eine Art Mietenbündnis mit den Gesellschaften schließen zu können. Wir erwarten darüber hinaus ja noch mehr von den Gesellschaften: Unser Ziel ist es, den Bestand durch Zukauf oder Bau um 30.000 Wohnungen auf insgesamt 300.000 zu erhöhen, um so Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen. Das heißt dann, dass es auch Mieterhöhungen geben wird, aber eben gut durchdachte.

**Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen?**

Wir wollen z. B. mit einer Zweckentfremdungsverbotsverordnung gegen die vielen Ferienwohnungen in Berlin vorgehen. Und wir führen für 85.000 Wohnungen in Berlin wieder die Belegungsbindung ein: Die Wohnung bekommen nur noch sozial schwächere Mieter mit einem Berechtigungsschein. Eine wichtige Rolle wird natürlich auch die neu ausgerichtete Liegenschaftspolitik weg vom Höchstpreisprinzip spielen. Sie sehen, durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen versuchen wir den Druck herauszunehmen.

**Eine völlig andere Baustelle ist die S-Bahn. Die SPD hatte sich im vergangenen Jahr gegen eine Teilausschreibung ausgesprochen. Ist sie jetzt unvermeidlich? Wie sieht Ihr Zeitplan gegen die S-Bahn-Krise aus?**

Wir haben mit der Bahn wegen eines Verkaufs der S-Bahn gerungen, und wir haben rechtlich prüfen lassen, ob eine Gesamtvergabe an ein Unternehmen möglich ist. Beide Optionen sind inzwischen ausgeschlossen, die Teilausschreibung damit auch auf Basis des Koalitionsvertrags wohl leider unvermeidbar. Möglicherweise gibt es noch den Weg einer Direktvergabe an ein landeseigenes Unternehmen. Das Wichtigste ist doch, dass wir uns hier in Berlin endlich wieder uneingeschränkt auf die S-Bahn verlassen können. Ich denke, im März werden wir im Senat, in der Fraktion und Partei dazu beraten. ■ Fragen: U. Horb



Anzeige



## Interview mit Oliver Wolff, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

**1.** *Wesentliche Finanzierungsinstrumente des ÖPNV, wie die Entflechtungsmittel und die Regionalisierungsmittel, stehen in den nächsten Jahren auf dem Prüfstand. Mit welchen Argumenten und Positionen geht der VDV in die Gespräche mit der Politik?*

Mir ist klar, dass das Thema nicht die Herzen der Politiker und der Öffentlichkeit bewegt. Aber es sind nun mal tagtäglich 29 Millionen Fahrgäste mit Bussen und Bahnen unterwegs, und wir haben eine gemeinsame Verantwortung. In finanzieller Hinsicht gibt es einen enormen Bedarf für die Erneuerung und den Ausbau der in die Jahre gekommenen Verkehrsinfrastruktur. Das gilt im Übrigen für die Infrastruktur insgesamt. 1,77 Milliarden Euro benötigt der ÖPNV jährlich für den Aus- und Neubau seiner Infrastruktur, wie z. B. Haltestellen, Bahnhöfe oder Tunnelanlagen. Diese Summe wird momentan über die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz, dem GVFG-Bundesprogramm, den Regionalisierungsmitteln und den Eigenmitteln der Länder und Kommunen zur Verfügung gestellt. Wir müssen also der Politik immer wieder die große Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs vor Augen halten. Wer mal während eines ÖPNV-Streiks versucht hat, mit dem PKW in die Stadt zu kommen, weiß, welche Entlastung der ÖPNV ist. Außerdem ist ÖPNV auch ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor: Insgesamt beträgt die vom ÖPNV ausgelöste Bruttowertschöpfung ca. 32 Milliarden Euro, Rund 500.000 Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt am ÖPNV und Schienengüterverkehr.

**2.** *Welche Konsequenzen sehen Sie für die Verkehrspolitik in Berlin?*

Angesichts der sehr langen Planungs- und Realisierungszeiträume ist eine schnelle Klärung der zukünftigen Finanzausstattung des ÖPNV unabdingbar. Gerade die Bundeshauptstadt steht als Schaufenster Deutschlands und als internationaler Touristenmagnet unter besonderer Beobachtung. In Berlin sind ständig wichtige Infrastrukturprojekte auf der Tagesordnung, wie aktuell z. B. die Verlängerung der U-Bahn-Linie 5, die Anbindung des Hauptbahnhofes an die Straßenbahn, aber auch immer noch Lückenschlussmaßnahmen bei der S-Bahn nach Falkensee oder Velten und bei der Heidekrautbahn. Die Politik darf nicht aus den Augen verlieren, dass ein großer Teil der vorhandenen Infrastruktur zum Teil dreißig bis vierzig Jahre alt ist und

nun dringend erneuert werden muss. Dafür bedarf es der konsequenten Unterstützung durch den Senat. Auf Jahre hinaus wird es nötig sein, die Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen sicherzustellen und den Fahrzeugpark kontinuierlich zu erneuern.

**3.** *Die Gesellschaft wird älter. Die Einwohnerzahlen in Ballungsräumen und Großstädten steigen, während sich ländliche Regionen mit teilweise deutlichem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sehen. Wie begegnen die ÖPNV-Unternehmen diesem demografischen Wandel?*

Der demografische Wandel verändert die Anforderungen an den ÖPNV – wie an die Gesellschaft insgesamt. So gewinnt barrierefreie Mobilität immer mehr an Bedeutung. Deshalb wurden in Berlin bereits durchgehend barrierefreie Fahrzeugflotten beschafft. Gerade in den letzten Jahren haben die Verkehrsunternehmen – gefördert durch den Senat – massiv in Fahrstühle an den S- und U-Bahnhöfen investiert.

In einer Metropole wie Berlin steigen auch die Fahrgastzahlen stetig. Vor allem junge Menschen ziehen nach Berlin und machen einen Großteil der neuen Fahrgäste aus. Diese jungen Leute erwarten ein optimales Angebot an Informationen – vor allem internetbasierte bzw. mobile Lösungen. Diesem Bedürfnis werden die Verkehrsunternehmen noch stärker entgegenkommen. E-Ticketing und Apps für die Fahrgastinfo sind hier die wichtigsten Stichpunkte.





**4.** Für den ÖPNV in Berlin müssten Sie angesichts der Bevölkerungsentwicklung doch optimistisch in die Zukunft schauen können?

Für die demografischen Rahmenbedingungen gilt das sicherlich. Hinzu kommt, dass immer weniger junge Menschen ein Auto besitzen oder einen Führerschein machen. Innerhalb von 10 Jahren ist der Führerscheinbesitz der 18- bis 24-Jährigen im zweistelligen Prozentbereich gesunken. Die ohnehin geringe Motorisierung der Berliner Bevölkerung könnte weiter sinken. Dies ist vom Senat durchaus erwünscht.

Der Erfolg hat aber auch eine Kehrseite: Die Auslastung der Busse und Bahnen ist auf manchen Linien bereits an ihre Grenzen gelangt. Auf vielen Relationen sind nicht nur im Berufsverkehr die Kapazitäten ausgeschöpft. Würden übervolle Busse und Bahnen wie die Staus im Radio verlesen, könnten sich der „RBB“ morgens das redaktionelle Programm sparen.

**5.** Ein besonderes Problem in Berlin ist der Erhalt des U-Bahn-Systems. Welche Lösungsansätze verfolgt die Branche hier?

Erhalt und Ausbau dürfen in keinem Widerspruch zueinander stehen. Das Berliner U-Bahn-System ist in Teilen bis zu 100 Jahre alt. Für manche Infrastrukturelemente aus früheren Jahren gibt es so gut wie keine Ersatzteile mehr. Die ÖPNV-Finanzierungsstudie der 13 Bundesländer, des Deutschen Städtetags und des VDV hat neben dem bundesweit aufgelaufenen Nachholbedarf von 2,4 Milliarden Euro eine jährliche Finanzierungslücke von 330 Millionen Euro für dringende Sanierungsarbeiten nachgewiesen. Die Kommunen sind kaum mehr in der Lage, ihre Anlagen auf einem adäquaten Stand zu halten. Der Berliner Senat unternimmt viel, um die BVG beim Erhalt bzw. der Sanierung der Strecken zu unterstützen. Dafür sprechen nicht zuletzt die vielen Streckensperrungen aufgrund von Baustellen in den letzten Monaten und Jahren. Das wird wohl auch in den nächsten Jahren so bleiben. Was lästig für den Fahrgast ist, ist wichtig für den langfristigen Bestand dieser Lebensadern Berlins.

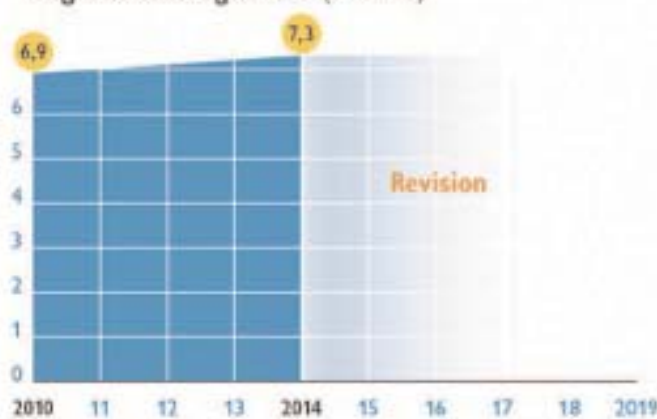


www.vdv.de

## ÖPNV-Finanzquellen werden im Bund gerade neu justiert

### Wesentliche Instrumente der ÖPNV-Finanzierung

Regionalisierungsmittel (Mrd. €)



Entflechtungsgesetz (Mrd. €)



GVFG-Bundesprogramm (Mrd. €)



#### Regionalisierungsmittel:

- Davon erhält Berlin 1,06 Mrd. Euro im Jahr 2012
- Neufestsetzung 2014, Tendenz offen

#### Entflechtungsmittel:

- Davon erhält Berlin jährlich rund 49 Mio. Euro (ÖPNV und kommunaler Straßenbau)<sup>1)</sup>
- Neufestsetzung 2013
- Bund will Mittel von 2014 bis 2019 linear auf 0 senken
- Zweckbindung entfällt ab 2014 (damit sind Mittel im Haushalt generell investiv verfügbar)

#### GVFG (ÖPNV-Großvorhaben):

- Davon erhält Berlin 7 Mio. Euro<sup>2)</sup> für das Jahr 2011
- Läuft 2019 aus
- Anschlussregelung nicht vorgesehen

<sup>1)</sup> \*Quelle: Berliner Haushalt 2011.



## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**Schwusos.** Am 15. Februar hat sich die Arbeitsgemeinschaft (AG) Lesben und Schwule (Schwusos) in der Neuköllner SPD gegründet. Als Vorsitzender wurde Rammin Rachel gewählt. Mit dem Kreis Neukölln nimmt die achte AG der Schwusos in Berlin ihre Arbeit auf.

**Friedenau-Ball verschoben.** Der ursprünglich für den 17. März geplante Ball der SPD Friedenau muss verschoben werden. Nach einem Einbruch in das Rathaus Friedenau ist auch der Schlesienaal verwüstet. Der Ball soll jetzt im Herbst nachgeholt werden.

**Landesparteitag.** Der neue Landesvorstand der Berliner SPD wird am 9. Juni auf einem Landesparteitag im Palais am Funkturm gewählt.

## VORWÄRTS PERSÖNLICH

**Reinhold Robbe,** Wehrbeauftragter des Bundestages a. D. und Mitglied der SPD Trepow-Köpenick, ist mit dem Europäischen Kultur-Kommunikationspreis der Europäischen Kulturstiftung ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurde er für „den uner müdlichen Einsatz, erwiesenen Mut und die tatkräftige Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Deutschland und in Afghanistan als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages“.

**Harald Christ,** Landeskassierer der Berliner SPD, ist in die "Tafelrunde" der namhaften Oppenheimer Weinritter aufgenommen worden. Oppenheimers Stadtbürgermeister Marcus Held (SPD) würdigte den gebürtigen Rheinland-Pfälzer als jemand, der seine Herkunft nie vergessen habe.



Jahresempfang der AG 60plus: Mehr als 150 Gäste konnten begrüßt werden.

## SOZIALER TREFFPUNKT AG60plus lud zum Jahresempfang

Zur Tradition der AG 60plus gehört es, in den ersten Wochen des Jahres das „soziale Berlin“ zu einem Treffen einzuladen. Fast 150 Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Verbände wie AWO und Volkssolidarität sowie von den Seniorenvertretungen der Berliner Bezirke folgten im Februar der Einladung.

Sie kamen mit dem Vorstand der AG 60plus, zahlreichen Abgeordneten und Kommunalpolitikern in geselliger Atmosphäre in Gespräch. Besonders herzlich begrüßt wurden Inge Frohnert - Stadtälteste von Berlin und Vorsitzende des Arbeitskreises der Berliner Senioren,

die trotz ihres hohen Alters nicht müde wird, sich immer wieder mit Tatkraft und Engagement für die Belange der älteren und behinderten Menschen einzusetzen - sowie die Vorsitzende des Berliner Landesseniorenbeirats Regina Saeger.

Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 60plus: „Die AG 60plus wird diese jährlichen Zusammenkünfte fortsetzen, und nicht nur das. Sie wird noch in diesem Frühjahr mit Infoständen in den Bezirken und in öffentlichen Aktionen im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern versuchen, über die aktuelle Politik der SPD zu informieren.“ ■ vwb

## GLEICHSTELLUNG STÄRKEN SPD-Landesvorstand beriet Arbeitsplanung

Mit einer Dialogkampagne setzt die Berliner SPD in den kommenden Monaten ihre Gesprächsangebote in der Stadt fort. Ein Maßnahmenpaket zur Gleichstellung, die Umsetzung der Parteireform, die Diskussion zum Bundestagswahlprogramm sowie die Vorbereitung auf das Parteiubiläum 2013 sind weitere Punkte in der Arbeitsplanung, die der SPD-Landesvorstand auf einer Klausurtagung im Februar beraten hat.

In die Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms will die Landes-SPD ihre Berliner Erfahrungen einbringen, etwa die Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft und eine moderne Familienpolitik, das veränderte Leben, Arbeiten und Wohnen im digitalen Zeitalter sowie die Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, um Pflege oder Integration.

Zum 150jährigen Bestehen der SPD im kommenden Jahr werden zahlreiche eigene Veranstaltungen in Berlin geplant und große Veranstaltungen der Bundes-SPD wie das Deutschlandfest Mitte August 2013 unterstützt. Die in den vergangenen Jahren gut besuchten Mitglieder-

foren und Neumitgliedertreffen werden fortgesetzt.

In einem Maßnahmenpapier, das der Landesvorstand beschloss, bekennen sich Landesverband und Kreise zum Ziel, den Anteil der Frauen an der politischen Arbeit und in der Mitgliedschaft zu erhöhen. Dazu wird es 2012 und 2013 entsprechende Werbemaßnahmen geben. In allen Kreisen soll dabei ein Frauenanteil von 40 % bei den neugewonnenen Mitgliedern erreicht werden, 2011 lag er bei 28 %. Auch bei der Planung seiner Veranstaltungen will der Landesverband nach Möglichkeit sicherstellen, dass eine Frauenbeteiligung von 40 % erreicht wird.

Im Vorfeld der Wahl-Landesparteitage soll auch künftig ein Gleichstellungsbericht vorliegen. Bei Ämtern und Funktionen strebt die Berliner SPD über das statutarische Ziel von 40 Prozent hinaus eine Beteiligung von 50 Prozent an. Nach den Wahlen soll eine Auswertung der Ergebnisse in Abteilungen, Kreisen und Arbeitsgemeinschaften erfolgen. Werden die Vorgaben nicht erreicht, will der Landesvorstand eine Stellungnahme anfordern. ■ uh

## NEUE GÄSTE BEI THIERSE TRIFFT...

Im März setzt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse seine Gesprächsreihe „Thierse trifft...“ mit den Gästen Hermann Parzinger und Antje Vollmer fort. Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prähistoriker, ehemaliger Direktor und Präsident am Deutschen Archäologischen Institut, kommt am 6. März in den Soda-Salon der Kulturbrauerei. Antje Vollmer, ehemalige Bundestagsvizepräsidentin, Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen bis 2005, Theologin und Moderatorin des Runden Tisches Heimerziehung, ist am 20. März Gesprächspartnerin von Wolfgang Thierse. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr im Soda-Salon der Kulturbrauerei (Eingang Knaackstr. oder Sredzkistr.). ■ vwb



Zum 100. Geburtstag des Folkmusikers Woody Guthrie zeigt das August-Bebel-Institut mit dem Verein „Lied und soziale Bewegungen“ bis Ende März in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus die Ausstellung „This Land Is Your Land“. Guthrie schrieb rund tausend Lieder, sein Einfluss auf die Entwicklung der Folkmusik war beträchtlich. Fotos, Dokumente und Hörbeispiele zeichnen ein facettenreiches Bild des Künstlers. Die Ausstellung ist montags bis donnerstags von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

## ELLA-KAY-PREIS FÜR [MOSKITO]

Die „[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - Für Demokratie und Vielfalt“ ist von SPD Berlin Pabnkow für ihr herausragendes Engagement mit dem Ella-Kay-Preis ausgezeichnet worden. In seiner Laudatio hob der Kreisvorsitzende Alexander Götz insbesondere die Funktion der Netzwerkstelle als Anlaufpunkt und Koordinationsstelle für all diejenigen hervor, die sich für Toleranz und Vielfalt und gegen Faschismus und Rechtsextremismus einsetzen. Der Ella-Kay-Preis wird jährlich vergeben und erinnert an die sozialdemokratische Politikerin Ella Kay, die in den 1920er Jahren in der Berliner Verwaltung und Politik aktiv wurde. 1947 wurde sie in Prenzlauer Berg zur Bürgermeisterin gewählt, wenig später von den Sowjets abgesetzt. Von 1955 bis 1962 war sie Jugendsenatorin. ■ vwb